

stellt werden, dass durch die grössere Vielfalt eine staatspolitisch wichtige Lockerung des Informationsmonopols erreicht werden konnte. Aus diesen Gründen ist anzustreben, dass auch für allfällige zukünftige Radioanbieter Frequenzen freigehalten werden, um die Medienvielfalt zu verbessern.

Ein spezielles Problem stellt sich bei internationalen Satellitenradioprogrammen mit Spartencharakter (z. B. Radio Opus/Radio Evviva). Aufgrund des Bundesbeschlusses für Satellitenrundfunk werden diese Programme via Satellit und zusätzlich via Kabelnetze verbreitet. Diese Lösung hat sich bisher für private Programme in Europa in keinem Fall als wirtschaftlich tragbare Lösung erwiesen. Voraussetzung dafür war immer eine «Basisreichweite» aufgrund terrestrischer Frequenzen (was Frequenzen im Sendegebiet bedingt). Diese Erfahrung trifft ganz besonders auf Spartenprogramme zu, welche die Reichweite, die sie durch Kabel- und Satellitendirekttempfang erzielen, nur teilweise nutzen können.

Die Zielsetzung des Bundesrates, mit der neuen Sendernetzplanung generell bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für die privaten Radioprogramme zu schaffen, sollte deshalb auch angemessen die Bedürfnisse schweizerischer Veranstalter internationaler Programme, die einem rauen Konkurrenzklimate ausgesetzt sind, berücksichtigen. In diesem Sinne wären Reserven zu schaffen, andernfalls sind Konzessionerteilungen für internationale Rundfunkprogramme nicht mehr vertretbar.

Aufgrund einer Studie des technischen Direktors der SRG ist es durchaus möglich, das gegenwärtig verfügbare Frequenzpotential durch Auflösung von Reserven bei den Fernsehfrequenzen erheblich zu vergrössern. Die Versuchsphase von Radio DRS3 hat zudem gezeigt, dass das Konzept eines sprachregionalen Jugendradios vor allem in Regionen, in welchen ein erfolgreiches Lokalradio sendet, einem geringen Bedürfnis entspricht: die Beachtung des Programms steht dort in keinem Verhältnis zum Aufwand (inklusive Blockierung von Frequenzen). Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb nicht die Frequenzen von Radio DRS3 für private Radiobetreiber freigegeben werden können.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 19. August 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral du 19 août 1992

1. Die vom Vorsteher des EVED am 20. Mai 1992 eingesetzte «Studiengruppe UKW 92» orientiert sich grundsätzlich an den Vorgaben des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG), insbesondere an Artikel 8, wonach die PTT-Betriebe nach den Weisungen des Bundesrates Sendernetzpläne zu erstellen haben. Diese Pläne müssen über die gegenwärtigen und zukünftigen technischen Möglichkeiten für die drahtlose Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen Auskunft geben. Sie sind somit für den Bundesrat eine wichtige Entscheidungsgrundlage, indem sie den rundfunktechnisch vorgegebenen, durch Politik und Recht nicht vergrösserbaren Handlungsspielraum aufzeigen. Die Sendernetzpläne bilden schliesslich die Grundlage für die Ausschreibung der Rundfunkkonzessionen.

Im Bereich der Ultrakurzwellen (UKW) kommt der Frequenzplanung eine grosse Bedeutung zu, da UKW-Frequenzen eine beschränkt verfügbare natürliche Ressource sind und die Nachfrage das Angebot weit übersteigt. Der Bundesrat ist bei der Lösung dieser komplexen Verteilprobleme mit einer klassischen Entweder-oder-Situation konfrontiert, da zusätzliche neue Programme in der Regel nur auf Kosten von bestehenden Programmen über UKW-Frequenzen verbreitet werden könnten.

Die vom EVED eingesetzte Studiengruppe überprüft die Grundlagen der Frequenzplanung unter Einbezug der besten Fachleute und der fortschrittlichsten Methoden. Im Hinblick auf den Erlass der entsprechenden bundesrätlichen Weisungen soll die Expertengruppe die technischen Probleme analysieren und nach Optimierungsmöglichkeiten suchen. Falls technische Reserven des UKW-Systems gefunden und damit zusätzliche Verbreitungsmöglichkeiten geschaffen werden können – was keineswegs sicher ist –, hätte über deren Zutei-

lung an bestimmte Veranstalter nicht die Expertengruppe, sondern der Bundesrat zu entscheiden.

2. Ueber die Grobzuteilung der beschränkten UKW-Frequenzen nach Massgabe des Radio- und Fernsehgesetzes an einzelne Veranstalter bzw. Kategorien von Veranstaltern wird der Bundesrat im Rahmen seiner Weisungen entscheiden. Schon heute steht allerdings fest, dass der technische Spielraum für die Verbreitung neuer lokaler oder gar sprachregionaler Programme zusätzlich zu den bestehenden Programmen der SRG und der bereits bestehenden Lokalradios bescheiden sein wird.

Derzeit ist es infolge begrenzter Frequenzverfügbarkeit nicht möglich, gewisse Bedürfnisse nach drahtloser Verbreitung einzelner Programme der SRG und privater Veranstalter (Verbreitung von SRG-Programmen in den anderen Sprachregionen, Lokalradios) lückenlos abzudecken. Die Verteilung von terrestrischen Frequenzen an internationale Rundfunkveranstalter würde die nationalen und lokalen Veranstalter noch mehr behindern. Opfer eines solchen Entscheides wären einzelne bestehende Lokalradios, die ihr Versorgungsgebiet stark einschränken oder ihren Betrieb sogar einstellen müssten. Unter diesen Umständen ist es sinnvoll, die internationalen Rundfunkveranstalter auf die Verbreitung via Satellit und Kabelnetze zu verweisen. Diese Lösung ist in den meisten Fällen auch die sachgerechteste.

3. Die Frage, wie viele Radioprogramme pro Sprachregion die SRG zur Erfüllung ihres Leistungsauftrages gemäss RTVG benötigt, wird im Zusammenhang mit der neuen Konzession zu prüfen sein. Die vom EVED im Herbst 1991 durchgeführte Anhörung der Kantone und der interessierten Kreise zu zwei verschiedenen Modellen für die künftige UKW-Radioversorgung der Schweiz hat allerdings ergeben, dass eine grosse Mehrheit der Angehörten eine Aenderung des Status quo in bezug auf die SRG-Radioprogramme ablehnt.

Im Ausland haben erste Versuche betreffend die Anwendung der neuen Technik der digitalen Uebertragung von Radioprogrammen stattgefunden (DAB/Digital Audio Broadcasting). Auf europäischer Ebene zeichnet sich die Tendenz ab, vorläufig einen Fernsehkanal mit diesem Dienst zu belegen. Die Schweiz wird die Versuche im Rahmen einer europäischen Koordination verfolgen und auswerten; nennenswert ist ein am 1. Juni 1992 gestarteter Versuch im «Rheingraben» zwischen Basel und Mannheim unter Beteiligung von Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

92.3224

Interpellation Aguet

Westsahara. Beschränkte Einsatzmöglichkeiten des Schweizerischen Medizinischen Hilfskorps

L'Unité médicale suisse au Sahara occidental est-elle paralysée?

Wortlaut der Interpellation vom 15. Juni 1992

Die Schweiz ist an der Verwirklichung des Uno-Friedensplans beteiligt, durch den dem saharaischen Volk in der Westsahara die Selbstbestimmung zuerkannt werden soll. Auf verschiedene Fragen aus diesem Rat hat die Regierung immer geantwortet, der Einsatz verlaufe zufriedenstellend, und bestätigt, sie gedenke ihn fortzusetzen. Unter Vorbehalt der Ergebnisse eines Treffens zwischen den Konfliktparteien, das diesen Monat in Genf vorgesehen ist, stockt die Mission der Minurso wegen der vielen Schwierigkeiten, die die marokkanische Armee bereitet.



Tatsächlich sind aber zahlreiche Schweizer an Ort und Stelle. Die Situation ist festgefahren. Der Bundesrat schweigt. Unsere Mitbürger im Einsatz werden von den marokkanischen Behörden überwacht. Es ist ihnen unmöglich, in einen normalen Kontakt mit den saharaischen Bewohnern der Westsahara zu treten, obwohl doch vor einer Abstimmung über die Selbstbestimmung die freie Meinungsäusserung gewährleistet sein sollte. Es scheint, es sei Stillschweigen vereinbart worden. Aber wem dient unser Schweigen?

Marokko hat die Waffenstillstandsvereinbarungen 97mal gebrochen, die Polisario fünfmal. Diese ausweglose Situation kostet auch sehr viel Geld. Ueber die Hindernisse, die Marokko der Verwirklichung des Friedensplans entgegenstellt, wird auch im Bericht unserer Aussenpolitischen Kommission informiert. Die Uno und die Schweiz werden von Marokko an der Nase herumgeführt. 40 000 Marokkaner wurden in die Westsahara verlegt, um die Uno durch vollendete Tatsachen zu zwingen, neue Stimmberechtigte anzuerkennen. Das Schweigen muss gebrochen werden, denn unter den gegebenen Bedingungen dient der Friedensplan einseitig nur den Interessen Hassans II.

Daher stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:

1. Wie viele Mitglieder zählt die Schweizerische Medizinische Einheit in der Westsahara heute, und wie viele waren es zu Beginn der Mission? Ist sie nicht die grösste aller Delegationen der Staaten, welche die Uno in ihren Anstrengungen unterstützen?
2. Die Kräfte, die den Friedensplan untergraben, haben unser Material lange im Hafen von Agadir zurückgehalten. Ist es nun endlich am Bestimmungsort angelangt?
3. Die Schweiz hat sich den von der Uno gegen gewisse Staaten beschlossenen Zwangsmassnahmen angeschlossen. Kann sie nicht ihrerseits der Uno vorschlagen, solche Massnahmen gegen Staaten wie Marokko zu ergreifen, die heute die Anstrengungen der Uno und der Schweiz zunichte machen?
4. Sind unsere Mitbürger nützlich in der Region, solange die Besatzungsmacht die Uno-Truppen daran hindert, ihre Posten in den Städten der Westsahara zu beziehen?
5. Können unsere Mitbürger, die Zeugen dieser Situation sind, nicht ermächtigt werden, ihr Stillschweigen zu brechen, damit sie nicht an der Verzögerung einer friedlichen Regelung des Konflikts mitschuldig werden?

Texte de l'interpellation du 15 juin 1992

La Suisse est engagée dans la réalisation du plan de paix de l'ONU qui vise à l'autodétermination du peuple sahraoui du Sahara occidental. En réponse à diverses questions formulées dans ce conseil, le gouvernement a toujours donné des réponses satisfaisantes confirmant son engagement. Sous réserve des résultats d'une rencontre prévue ce mois à Genève entre les protagonistes du conflit, la mission de la MINURSO s'enlise à cause de toutes les difficultés faites par l'armée marocaine.

Or, de nombreux Suisses sont sur place. La situation s'enlise. Le Conseil fédéral se tait. Nos concitoyens engagés là-bas ont été sous surveillance des autorités marocaines. Il leur est impossible d'entrer en contact normal avec les Sahraouis habitant le Sahara occidental, alors qu'avant un vote d'autodétermination la liberté de parole devrait être de mise. Des mots d'ordre de silence semblent avoir été donnés. A qui sert notre silence?

Le Maroc a violé 97 fois l'accord de cessez-le feu et et le Polisario l'a fait à cinq reprises. Cette situation qui s'enlise est un vrai gouffre financier. Les obstacles mis par le Maroc à la réalisation du plan de paix ont fait l'objet d'informations fournies par le rapport de notre Commission de politique extérieure. L'ONU et la Suisse sont narguées. 40 000 Marocains ont été déplacés au Sahara occidental pour mettre l'ONU devant le fait accompli d'accepter de nouveaux votants. Le silence doit être rompu, car, dans ces conditions, le plan de paix sera finalement unilatéralement au service de Hassan II.

Dès lors, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Combien de membres comporte à ce jour l'Unité médicale suisse engagée au Sahara occidental et combien étaient-ils

au début de la mission? N'est-ce pas la délégation la plus nombreuse de toutes celles envoyées par les Etats qui soutiennent l'ONU dans cette affaire?

2. Les «torpilleurs» du plan de paix ont retenu longtemps notre matériel dans le port d'Agadir. Est-il enfin parvenu à destination?
3. La Suisse a suivi les mesures coercitives décidées par l'ONU contre certains Etats. Ne peut-elle à son tour proposer à l'ONU de telles mesures envers des Etats comme le Maroc qui narguent aujourd'hui l'ONU et la Suisse?
4. Si la situation faite par la puissance occupante empêche les forces de l'ONU de prendre place dans les villes du Sahara occidental, nos compatriotes sont-ils utiles dans cette partie du monde?
5. Nos compatriotes, témoins de cette situation, ne peuvent-ils pas être autorisés à briser leur silence qui finit par être le complice du retard mis à un règlement pacifique du conflit?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Béguelin, Bodenmann, Borel François, Caspar-Hutter, Cotti, Danuser, Eggenberger, von Felten, Gardiol, Gobet, Gross Andreas, Haering Binder, Herzog, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Matthey, Meyer Theo, Rechsteiner, Steiger, Strahm Rudolf, Theubet, Vollmer (24)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 31. August 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral du 31 août 1992

1. L'Unité médicale suisse a commencé son engagement au Sahara occidental le 6 septembre 1991, avec une équipe de sept personnes. Elle a été successivement renforcée en vue de l'installation des trois cliniques de Laâyoune, Smara et Dakhla pour atteindre finalement un effectif maximal de 84 personnes. Une fois la phase d'aménagement terminée, cet effectif a été réduit d'un quart. Actuellement, 65 personnes sont encore engagées, une moitié dans les services sanitaires, l'autre dans le secteur logistique comprenant notamment les équipages des avions. Ainsi, la Suisse est, pour le moment, le pays qui met le plus grand contingent national à disposition de la MINURSO. Une réduction de cet effectif est actuellement à l'étude.
2. La totalité du matériel de clinique suisse a pu être transportée des entrepôts d'Agadir vers les lieux d'engagement au Sahara occidental dès la mi-septembre 1991.
3. Le secrétaire général des Nations Unies s'est déclaré encouragé par les progrès accomplis jusqu'à présent dans les entretiens que son représentant spécial mène avec les parties. Une nouvelle série d'entretiens de ce type a débuté le 24 août. Il reste cependant à voir si les parties sont disposées à aller suffisamment loin dans l'ajustement de leurs positions pour qu'il soit possible de progresser réellement et concrètement vers la tenue d'un référendum. Le secrétaire général fera rapport au Conseil de sécurité avant la fin de septembre sur le résultat des pourparlers en cours destinés à surmonter l'impasse où se trouve le plan de règlement. Sur la base de ce rapport, le Conseil fédéral va réexaminer la situation de l'Unité médicale suisse.
4. Tandis que les parties recherchent activement, par l'intermédiaire du représentant spécial du secrétaire général, et sous l'autorité du Conseil de sécurité, les modalités d'un accord permettant l'application du plan de paix, les effectifs de la MINURSO actuellement déployés au Sahara occidental ont pour mission principale d'y surveiller le cessez-le-feu. Au cours des trois derniers mois, on a enregistré une diminution sensible du nombre des violations du cessez-le-feu. L'infrastructure médicale et les soins sanitaires sont nécessaires au stationnement des forces de l'ONU. Les membres de l'Unité médicale suisse fournissent, de par leur travail, une contribution décisive pour le maintien de la MINURSO.

5. Dans l'intérêt d'un bon déroulement d'une mission de maintien de la paix de l'ONU, les membres de l'unité sanitaire suisse ne peuvent être déliés ni de leur obligation de réserve ni de l'interdiction de prendre parti dans un conflit.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion

60 Stimmen

Dagegen

48 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

92.3164

Interpellation der liberalen Fraktion Pilotversuch mit Drogenabhängigen

Interpellation du groupe libéral Expérience pilote sur des drogués

Wortlaut der Interpellation vom 1. Juni 1992

Im Mai wurde der Beschluss des Bundesrates bekannt, in einem Pilotversuch einigen hundert Drogenabhängigen unter ärztlicher Kontrolle Betäubungsmittel, darunter auch Heroin, abzugeben. Die liberale Fraktion stellt dem Bundesrat dazu folgende Fragen:

1. Wie werden die am Versuch teilnehmenden Personen über die damit verbundenen Risiken informiert?
2. Welche Informationen und Zusicherungen erhalten die Betroffenen, um die von der medizinischen Ethik verlangte bewusste Einwilligung geben zu können?
3. Wie vergewissert sich der Bundesrat, dass diese Einwilligung gegeben wurde?
4. Wird die Behandlung in geschlossenen Institutionen durchgeführt, um jedes Risiko für die Teilnehmenden und ihre Umgebung zu vermeiden?
5. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat für den Fall vor, dass ein Teilnehmer den Versuch abbricht?
6. Wie lange muss der Versuch mindestens dauern, damit daraus glaubwürdige Schlüsse gezogen werden können?
7. Unter welchen Bedingungen wird der Bundesrat das Gesamtergebn als positiv bewerten?
8. Wird der Bundesrat, falls das Ergebnis des Versuchs nicht als positiv beurteilt wird, definitiv auf dessen Weiterführung verzichten?
9. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat für die am Versuch beteiligten Personen vor, wenn dieser beendet ist?

Texte de l'interpellation du 1er juin 1992

Ayant appris la décision du Conseil fédéral, en mai dernier, de soumettre plusieurs centaines de drogués à une expérience pilote comportant la prescription, sous contrôle médical, d'autres stupéfiants, dont l'héroïne, le groupe libéral pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. De quelle manière les personnes soumises à l'expérience seront-elles informées des risques liés à l'expérience?
2. Quelles informations et quelles assurances les intéressés recevront-ils pour pouvoir donner le «consentement éclairé» requis par les normes d'éthique médicale?
3. Comment le Conseil fédéral s'assurera-t-il que le «consentement éclairé» a été donné?
4. Le traitement sera-t-il effectué en milieu fermé afin d'éviter tous les risques tant pour les volontaires que pour leur environnement?
5. Quelle(s) mesure(s) le Conseil fédéral prévoit-il lorsqu'un volontaire renoncera en cours d'expérience?

6. Quelle durée minimale l'expérience doit-elle avoir pour qu'un résultat crédible puisse être tiré?

7. A quelles conditions un résultat global sera-t-il jugé positif?

8. Si le résultat de l'expérience n'est pas jugé positif, le Conseil fédéral renoncera-t-il définitivement à cette expérience?

9. Quelle(s) mesure(s) le Conseil fédéral prévoit-il, en ce qui concerne les personnes soumises à expérimentation, lorsque cette expérience sera terminée?

Sprecherin – Porte-parole: Sandoz

Schriftliche Begründung

Obwohl diese Methode im Ausland keine überzeugenden Ergebnisse zeitigte, will der Bundesrat einen Pilotversuch mit mehreren hundert Drogenabhängigen durchführen lassen; unter ärztlicher Kontrolle sollen neben Methadon auch andere Betäubungsmittel, namentlich Heroin, abgegeben werden. Bei der Abgabe dieser unter Umständen tödlichen Substanz stützt sich der Bundesrat auf eine unsichere Basis (vgl. Seite 1 und 2 oben des Pressecommuniqués vom Mai 1992).

Es ist unerlässlich, wenigstens die Menschen zu schützen, die an diesem Versuch teilnehmen. Der Versuch soll im Herbst 1992 beginnen; es ist dringend, vorher dafür zu sorgen, dass ein unerlässliches Minimum an Vorsichtsmassnahmen ergriffen wird, um die Rechte der Drogenabhängigen und den Schutz der Umgebung zu sichern. Dies ist das Ziel der dringlichen Interpellation der liberalen Fraktion.

Développement par écrit

Bien que la méthode n'ait pas donné de résultats probants à l'étranger, le Conseil fédéral entend soumettre plusieurs centaines de drogués à une expérience pilote comportant sous contrôle médical la prescription d'autres stupéfiants que la méthadone et en particulier de l'héroïne. Pour distribuer officiellement cette substance éventuellement mortelle, le Conseil fédéral s'appuie sur une base chancelante (voir pages 1 et 2 en haut du communiqué de presse de mai 1992). Il est indispensable de veiller au moins à protéger les humains, objets de cette expérience. Celle-ci devant débiter à l'automne 1992, il est urgent de s'assurer qu'un minimum indispensable de précautions sera pris, permettant le respect des droits des drogués et la protection de leur environnement. Tel est le but de l'interpellation urgente du groupe libéral.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 15. Juni 1992

1.–3. Die wissenschaftlichen Versuche mit der ärztlichen Verschreibung von Betäubungsmitteln müssen obligatorisch der nationalen Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften unterbreitet werden. Wie jeder andere klinische Versuch werden sie also den von dieser Akademie aufgestellten Richtlinien genügen müssen; darin sind die Anforderungen an die Aufklärung und des «informed consent» im einzelnen festgelegt.

Die strengen Anforderungen der Akademie müssen erfüllt sein, und eine schriftliche Einwilligung der Ethikkommission muss vorliegen, bevor der Kanton und das Bundesamt für Gesundheitswesen ihr Einverständnis geben. Eine dieser Anforderungen ist der Nachweis eines genügenden Haftpflichtversicherungsschutzes für die Probanden.

Die Probanden müssen namentlich über die Risiken von Überdosen aufgeklärt werden, denen sie sich aussetzen, falls sie daneben zusätzlich noch illegal Drogen konsumieren. Eine eingehende Information über die Wirkungsweise von Heroin und anderen Betäubungsmitteln wird ebenfalls erfolgen. Die Probanden werden weiter darüber aufgeklärt, dass sie jederzeit die Möglichkeit haben, aus dem Projekt auszusteigen. Patienten, für die eine Teilnahme an einem solchen Projekt ein besonderes Risiko darstellen könnte, namentlich jene, die unter psychischen Störungen leiden (z. B. akute Schizophrenie, affektive Psychose, Epilepsie), werden nicht zugelassen.

4. Die Behandlung kann ebensogut ambulant wie auch stationär durchgeführt werden, wie dies Erfahrungen aus dem Ausland zeigen. Die Injektion von Betäubungsmitteln wird in jedem Fall unter medizinischer Aufsicht erfolgen, so dass bei